

Das Reichswirtschaftsamt.

Beratungen im Hauptausschuß.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages steht der Haushaltsplan für das Reichswirtschaftsamt auf der Tagesordnung.

Der Berichterstatter **Hg. Hoch (Soz.)** führte aus: Die größere Hälfte des früheren Reichsamts des Innern ist an das Reichswirtschaftsamt übergegangen. Die Mehraufwendungen sind aber nicht durch die Teilung veranlaßt, sondern durch andere Gründe. Am bedeutungsvollsten ist die Vermehrung an Vortragenden Räten. Die wirtschaftliche Hauptabteilung zerfällt in drei Abteilungen, die sozialpolitische in zwei, wobei ein neuer Direktor gefordert wird. Da es sich nicht um vorübergehende Ausgaben handelt, die mit dem Krieg enden, so empfiehlt sich die Bewilligung des Direktors, damit die Leitung der sozialpolitischen Abteilung in sicherer Hand liegt. Von den für diese Abteilung geforderten Räten soll die eine Stelle mit einem Mathematiker besetzt werden; das ist dringend notwendig, angesichts der dauernden Verschiebungen in den Voraussetzungen des Versicherungswesens. Die zweite Stelle ist für die Wohnungsfrage bestimmt. Man sollte übrigens die ganze Wohnungsfrage in die sozialpolitische Abteilung hineinnehmen. Ueber die Wichtigkeit der Aufgaben kann kein Streit bestehen.

Staatssekretär Freiherr v. Stein: Wir haben die Stellen nicht letzten Herzens gefordert. Kein Chef wünscht ein übergroßes Personal. Der Reichstag hatte die Ueberzeugung, daß eine Teilung des Reichsamts des Innern unumgänglich war. Zur Bearbeitung der neuen Aufgaben und einer intensiven Bearbeitung der alten mußten mehr Kräfte eingestellt werden. Auch der Vortragende Rat für die Schifffahrt ist notwendig.

Helfferichs neue Stellung.

Auf Anfrage des Vordredners ging **Staatssekretär Frhr. v. Stein** auf die Stellung des Staatsministers **Helfferich** ein. Er ist Gehilfe des Reichskanzlers und hat eine bestimmte umgrenzte, jedoch keine verantwortliche Tätigkeit. In die einzelnen Ressorts hat er nichts hineinzureden, er ist nur oder ein hochwillkommener Beamter. Die Frage der Zusammenlegung der Wohnungs- und Stedlungsfrage werde ich zu gegebener Zeit wieder aufgreifen.

Hg. Schiele (kons.) ging auf die Gruppeneinteilung im Reichswirtschaftsamt ein.

Hg. Dr. Mayer - Kaufbeuren (Str.) ist damit einverstanden, daß das Reichswirtschaftsamt von Grund auf reorganisiert wird, und daß der Staatssekretär sich mit einem Sachverständiger Berater umgibt. Bei der Gruppeneinteilung vermissen sie eine besondere Abteilung für Bergbau. Mit den Fachauschüssen hat man nicht immer gute Erfahrungen gemacht.

Hg. Dr. Südekum (Soz.) äußert sich ähnlich. Seitdem Hofrat **Büttner** als Fachmann berufen ist, hat die oberfränkische Legationsfrage Klagen über Stilllegung, während Augsburg stark beschäftigt ist.

Staatssekretär Frhr. v. Stein: Die Stilllegungen sind vom Kriegsamt und vor Berufung **Büttners** angeordnet worden. Für die Heranziehung sachmännlicher Berater trage ich die Verantwortung. Der Vorwurf, daß Fachvertreter für ihre eigene Sache Vorteile suchten, ist unberechtigt; dergartige Vorwürfe würden aus Geschäftseid sicher auch dann erhoben, wenn die berufsständigen Vertreter durch die Organisationen gewählt würden. Der von verschiedenen Seiten geäußerte Wunsch, auch Arbeitervertreter in die Berufsgruppen zu nehmen, wird berücksichtigt werden; ein Arbeitervertreter ist bereits in der sozialpolitischen Abteilung tätig, weitere Arbeitervertreter sollen in die Fachauschüsse berufen werden. Dabei sind die sachlichen Verdienste, nicht die Parteizugehörigkeit des einzelnen ausschlaggebend.

Unterstaatssekretär v. Radowik teilte den Schriftwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem Staatsminister **Dr. Helfferich** mit, aus dem hervorgeht, daß **Dr. Helfferich** mit Bearbeitung aller derjenigen Wirtschaftsfragen betraut ist, die bei der Wirtschaftspolitik mit den kriegsführenden Ländern eine Rolle spielen.

Nachdem **Direktor von Jonquieres** gegenüber Beauftragungen betont hatte, daß der angeforderte zehnte Vortragende Rat neben seinen sonstigen Arbeiten auch das Referat über Wiederaufbau der Handelsflotte erhalten solle, ein Punkt, bei dem es sich um 1½ Milliarden handele, wurde das Kapitel Befoldungen genehmigt.

Kanal- und Schifffahrtsfragen.

Hg. Rieber (natlib.): Das Reich muß in den Kanalprojekten die Oberaufsicht haben und den Ausbau des Kanalsystems organisch so betreiben, daß jedes Schiff auf jedem Kanal fahren kann.

Hg. v. Brochhausen (kons.) trat für Ausbau der Wasserstraßen durch Beteiligung des Reiches ein. Auch auf das Weichselgebiet sollte die Förderung ausgedehnt werden. Ein einheitliches System für das Reich ist anzustreben.

Hg. Gathein (Fortshr.): Der Wunsch des **Hg. Rieber** ist technisch unausführbar. Tiefe und Breite eines Kanals hängen ab von den natürlichen Verhältnissen, von der vorhandenen Wassermenge usw.

Als Beihilfen an deutsche Schiffseigentümer und Schiffsbesatzungen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte sind erstmalig 200 Millionen angedeutet, über deren Verwendung, wie ein Regierungsvertreter erklärte, dem Hauptausschuß bzw. dem Reichstag jederzeit Auskunft gegeben werde.

Diese Summen und der Haushalt für das Reichswirtschaftsamt im ganzen wurden nach dem Vorschlag genehmigt.

Sodann schnitt der Berichterstatter die Frage der räumlichen Unterbringung des Reichswirtschaftsamtes an, wobei er es für nicht angängig hielt, die sozialpolitische Abteilung von den anderen Abteilungen dauernd getrennt zu halten.

Staatssekretär Frhr. v. Stein dankte dem Berichterstatter für seine wohlwollende Stellungnahme. Der bisherige Zustand der unzulänglichen Unterbringung erschwert die Arbeit des Amtes ungemein. Kein anderes Amt hat so viel Verkehr zu pflegen mit Reichsämtern, Staatsämtern, Organisationen usw., wie das Reichswirtschaftsamt. Das nunmehr erledigte Kaiserhofprojekt ist nicht aus Mutwillen aufgenommen worden, jedenfalls ist es auf die Dauer nicht zu umgehen, das Reichswirtschaftsamt in zentraler Lage unterzubringen.

Hierauf erstattete **Hg. Liesching (Fortshr. Vpt.)** Bericht über die Verhandlungen des Unterausschusses betreffend Abgabe der Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreisen bei Lieferung ans Ausland.

Staatssekretär Frhr. v. Stein äußerte sich zu der Frage vertraulich und erbat unter Anführung von Gründen Vertraulichkeit der Verhandlungen überhaupt.

Hg. Erzberger (Str.) widersprach schon im Hinblick darauf, daß die in Frage stehenden Preise und Mengen der Ausfuhrwaren in weitesten Kreisen bekannt sind. Gewisse Vorläufigkeiten zuzudecken hat der Reichstag keinen Anlaß.

Hg. Ebert (Soz.) und **Cohn (Al. Soz.)** äußerten sich ähnlich, während die **Hg. Rieber, Reinath (natl.)** und **Schiele (kons.)** sich im Interesse des Reichs und im Hinblick auf die kommenden Handelsvertragsverhandlungen für vertrauliche Behandlung aussprachen. Die Ziffern über die Aus- und Einfuhr sollten nicht veröffentlicht werden.

Hg. Liesching (Vpt.): Die Verträge über unsere Wirtschaftsbeziehungen mit den neutralen Staaten werden veröffent-

licht und sind bekannt; daher ist nicht einzusehen, weshalb die Höhe der von einzelnen Firmen erzielten Gewinne nicht bekannt werden soll.

Hg. Graf Posadowsky (D. Fr.): Wenn in so kritischen Zeiten die Regierung Vertraulichkeit der Verhandlungen wünscht, so muß man ihr folgen. Auch England wahrt die Vertraulichkeit seiner Wirtschaftsverhältnisse so scharf, daß eine Uebersicht über die Vorräte und das Maß der Rationierung nicht möglich ist.

Hg. Eröber (Str.): Innere Gründe sprechen für die Veröffentlichung, damit die vorgekommenen Mißbräuche öffentlich kritisiert werden können. Äußere Gründe aber lassen starke Bedenken gegen die öffentliche Behandlung hervortreten. Auch Gründe der Loyalität gegenüber dem Staatssekretär, der sein Ziffernmateriale nur unter der Bedingung der Vertraulichkeit bekanntgegeben hat, sprechen dafür, daß auch weiterhin über diese Sache Vertraulichkeit gewahrt wird. Die Verantwortung hat der Staatssekretär.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers **von Payer** unterstützte den Staatssekretär und wünschte ebenfalls vertrauliche Behandlung.

Schließlich wurde die Vertraulichkeit beschlossen mit der Maßgabe, daß nach der Durchberatung ein offizieller Bericht ausgegeben werden soll.

Nächste Sitzung Mittwoch.